

# Härtefallordnung des Studierendenrates der TU Dresden

Erstellt am 21. Dezember 2014.

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Allgemeines</b>	<b>2</b>
<b>§ 2 Antragsberechtigte</b>	<b>2</b>
<b>§ 3 Einkommensbegriff</b>	<b>2</b>
<b>§ 4 Form und Fristen</b>	<b>2</b>
<b>§ 5 Verfahren</b>	<b>2</b>
<b>§ 6 Haushaltsvorbehalt und Rechtsanspruch</b>	<b>3</b>
<b>§ 7 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen</b>	<b>3</b>

## **§ 1 Allgemeines**

(1)<sup>1</sup>In besonders schwerwiegenden sozialen Notlagen kann die Studentenschaft der TU Dresden einzelnen Mitgliedern der Studentenschaft den Studentenchaftsbeitrag sowie die Kosten des Semestertickets auf Antrag zurückerstatten.

## **§ 2 Antragsberechtigte**

(1)<sup>1</sup>Antragsberechtigt sind alle Mitglieder der Studentenschaft der TU Dresden. <sup>2</sup>Die Antragstellerin hat in angemessenem Umfang zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation beizutragen. <sup>3</sup>Der Bezug von Unterhaltsleistungen sowie anderen Sozialleistungen hat Vorrang vor der Anerkennung als Härtefall.

(2)<sup>1</sup>Befindet sich die Antragstellerin im Zweitstudium, ist eine Rückerstattung nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

(3)<sup>1</sup>Studentinnen, die wegen familiärer Verpflichtungen beurlaubt worden sind und das Semesterticket nachkaufen und somit freiwillig Studentenchafts- und Semesterticketbeitrag zahlen, können diese zurückerstattet bekommen, wenn für sie die Regelungen dieser Ordnung zutreffen.

## **§ 3 Einkommensbegriff**

(1)<sup>1</sup>Einkommen im Sinne dieser Ordnung sind alle Einkünfte nach § 2 Abs. 1 und 2 EStG (insbesondere Einkommen aus selbständiger und nicht-selbständiger Arbeit), Stipendien, alle Unterhaltsansprüche sowie alle staatlichen Sozialleistungen, insbesondere Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Wohngeld und Kindergeld.

(2)<sup>1</sup>Nicht zum Einkommen zählen das Elterngeld bis zu einer Höhe von 300 Euro und Mutterschaftsgeld.

(3)<sup>1</sup>Zahlungen aus Studienkrediten sind zum Einkommen nicht hinzuzurechnen.

(4)<sup>1</sup>Die Einkommensgrenze für eine Bewilligung des Antrages liegt bei 370 Euro zuzüglich angemessener Mietkosten, Wohnnebenkosten (Wasser, Strom, Heizung) und der Krankenversicherung, wenn diese selbst gezahlt werden muss. <sup>2</sup>Lebt die Antragstellerin mit einer oder mehreren anderen Person/en (insbesondere eigenen Kindern) in einer Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft so ist deren Einkommen gemeinsam zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Für jede weitere Person erhöht sich die Einkommensgrenze aus § 3 Abs. 4 Satz 1 dieser Ordnung um 350 Euro.

(5)<sup>1</sup>Zahlt die Antragstellerin Unterhalt für ein eigenes Kind, welches sich nicht im Haushalt befindet, erhöht sich die Einkommensgrenze um den Unterhalt für das Kind, maximal jedoch 350 Euro.

(6)<sup>1</sup>Leben zwei Antragssteller in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft oder Ehe zusammen, sind Einkommen und Freibeträge gemeinsam zu berücksichtigen.

## **§ 4 Form und Fristen**

(1)<sup>1</sup>Der Antrag ist persönlich und schriftlich bei der Geschäftsführerin Soziales bzw. bei der von der Geschäftsführung bestimmten Verantwortlichen zu stellen.

(2)<sup>1</sup>Die Antragsfrist endet einen Monat nach Beginn des Semesters auf das sich der Antrag bezieht. <sup>2</sup>Als Tag des Antragseingangs gilt der Tag des Eingangs beim Studentenrat der TU Dresden.

## **§ 5 Verfahren**

(1)<sup>1</sup>Der Antrag ist fristgerecht einzureichen. <sup>2</sup>Zur Antragstellung soll das zur Verfügung gestellte Formblatt verwendet werden. <sup>3</sup>Ein verspätet eingegangener Antrag kann berücksichtigt werden, wenn für die Verspätung besondere, nicht durch den Antragsteller zu vertretende Gründe vorliegen. <sup>4</sup>Zur Wahrung der Frist kann der Antrag vorläufig auch formlos gestellt werden. Das ausgefüllte Formblatt ist in jedem Fall gemeinsam mit den restlichen Unterlagen nachzureichen.

(2)<sup>1</sup>Der Antrag muss folgende Unterlagen enthalten:

- Angaben zur Person (Antragsformular)
- eine Kopie des Personalausweises
- eine Immatrikulationsbescheinigung
- eine schriftliche Darlegung der aktuellen Situation und Notlage
- die Einkommensverhältnisse nach § 3 dieser Ordnung unterbrechungsfrei für 3 Monate in Kopie
- eine Kopie des BaföG-Ablehnungsbescheides. <sup>2</sup>Ist offensichtlich, dass die Antragstellerin nicht BaföG-berechtigt ist, kann auf den Ablehnungsbescheid verzichtet werden.

(3)<sup>1</sup>Fehlende Unterlagen sind nach Aufforderung nachzureichen. <sup>2</sup>Werden fehlende Unterlagen innerhalb einer festgesetzten Frist nicht nachgereicht, wird der Antrag abgelehnt.

(4)<sup>1</sup>Die Geschäftsführerin Soziales bzw. die von der Geschäftsführung bestimmte Verantwortliche erarbeitet eine Stellungnahme und legt diese sowie den vollständigen Antrag der Geschäftsführung des Studentenrates zur Beschlussfassung vor.

## § 6 Haushaltsvorbehalt und Rechtsanspruch

(1)<sup>1</sup>Die Rückerstattung wird aus Mitteln der Studentenschaft der TU Dresden geleistet. <sup>2</sup>Für die Rückerstattung im Sinne dieser Ordnung ist ein eigenständiger Haushaltstitel im Haushalt der Studentenschaft zu führen. (2)<sup>1</sup>Eine Rückerstattung erfolgt unter dem Vorbehalt verfügbarer Mittel im zugeordneten Haushaltstitel. (3)<sup>1</sup>Auf die Rückerstattung des Beitrages besteht kein Rechtsanspruch. (4)<sup>1</sup>Bei Widerspruch ist der Antrag durch die Geschäftsführerin Soziales, wenn von einer beauftragten Verantwortlichen bearbeitet, zu prüfen. Ist der Antrag durch die Geschäftsführe-

rin Soziales bearbeitet worden, ist er von einer anderen Geschäftsführerin zu prüfen. <sup>2</sup>Ist ein Antrag nach Widerspruch angenommen worden, kann eine Rückerstattung nur erfolgen, wenn entsprechende Mittel verfügbar sind.

## § 7 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1)<sup>1</sup>Die Härtefallordnung tritt zum 01.04.2014 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Härtefallordnung vom 01.10.2010 außer Kraft. (2)<sup>1</sup>Diese Härtefallordnung findet erstmals Anwendung für alle Anträge die für das Sommersemester 2014 gestellt werden.

Vollständig neu beschlossen am 13. November 2008

Geändert am 01. Oktober 2010

- § 2 Abs. 1 Satz 1 geändert in „350 Euro“;
- § 2 Abs. 1 Satz 1 geändert in „Mietkosten (inklusive aller Wohnnebenkosten)“;
- § 3 Abs. 1 Satz 1 geändert in „Einkünfte“;
- § 3 Abs. 3 neu formuliert;
- § 3 Abs. 4 Satz 1 geändert in „Person/en (insbesondere eigenen Kindern)“;
- § 3 Abs. 4 Satz 2 geändert in „350 Euro“;
- § 3 Abs. 4 NEU;
- § 7 neu formuliert;

Geändert am 25.10.2013

- § 1 Abs. 1 Satz 1 „Studentinnen“ geändert in „Mitgliedern der Studentenschaft“;
- § 2 Abs. 1 Satz 1 „Studentinnen“ geändert in „Mitglieder der Studentenschaft“ und Verschiebung der Einkommensgrenze in § 3 Abs. 4 Satz 1;
- § 3 Abs. 4 Satz 1 eingefügt aus § 2 Abs. 1 Satz 1 und Änderung der Grenze von 350 Euro auf 370 Euro, Spezifizierung der Nebenkosten, Aufnahme der Krankenversicherung;
- § 3 Abs. 6 NEU; § 4 Abs. 1 Satz 1 „Verantwortlichen für Soziales“ geändert zu „Verantwortlichen“;
- § 5 Abs. 1 Satz 4 NEU;
- § 5 Abs. 2 Satz 1 vervollständigt;
- § 5 Abs. 2 Satz 2 NEU;
- § 5 Abs. 4 Satz 1 „Verantwortliche für Soziales“ geändert zu „Verantwortliche“;
- § 6 Abs. 4 NEU;
- § 7 Abs. 1 Datum aktualisiert;

Matthias Funke  
GF Finanzen

Jessica Rupf  
GF Soziales